Beschlussvorlage Stadt Bersenbrück	Vorlage Nr.: 924/2017			
Sanierungsverfahren Bersenbrück - Innenstadt - Erweiterung hier: Ablösung von Ausgleichsbeträgen				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt	08.02.2017	öffentlich	Vorberatung	
Verwaltungsausschuss	28.02.2017	nicht öffentlich	Vorberatung	
Stadtrat Bersenbrück	20.03.2017	öffentlich	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, allen Grundstückseigentümern ein Angebot zur Ablösung der Ausgleichsbeträge vorzulegen. Dabei soll als Zahlungsziel der 30.06.2017 für einen vollen Abschlag von 5,0 % sein. Mit jedem weiteren Monat reduziert sich der Abschlag um 1,0 %.

1. Finanzielle Auswirkungen

- Ja
 Nein

2. Beteiligte Stellen:

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Ziel/e

Sachverhalt:

Das Land Niedersachsen hat bei der Bewilligung der Erweiterung des Sanierungsverfahrens Bersenbrück-Innenstadt einen zeitlichen Rahmen für das Ende des Verfahrens bis Ende 2015 gesetzt. Da zu diesem Zeitpunkt noch verschiedene Maßnahmen nicht abgeschlossen waren, hat die Stadt Bersenbrück eine Fristverlängerung beantragt. Diese wurde bis zum 31.12.2017 bewilligt. Nach Ende des Sanierungsverfahrens ist nach dem Baugesetzbuch festzustellen, inwieweit eine sanierungsbedingte Wertsteigerung der Bodenwerte im Sanierungsgebiet entstanden ist. Anhand dieser sanierungsbedingten Entwicklung der Bodenwerte sind gegebenenfalls von den betroffenen Grundstückseigentümern Ausgleichsbeträge zu erheben. Im ursprünglichen Sanierungsgebiet Innenstadt hat

der Rat der Stadt Bersenbrück die Verwaltung ermächtigt, vor Abschluss des Verfahrens mit den betroffenen Grundstückseigentümern Gespräche zur Ablösung dieser Ausgleichsbeträge zu führen. Die Ablösung der Ausgleichsbeträge wurde von einem großen Teil der Grundstückseigentümer auch in Anspruch genommen. Aus diesem Grunde ist beabsichtigt, auch mit den Grundstückseigentümern des Erweiterungsgebietes entsprechende Gespräche zu führen. Im Ursprungsgebiet wurde bei der Ablösung ein Abschlag in Höhe von 10 % angeboten. Eine Veranlagung der Ausgleichsbeträge per Bescheid wird voraussichtlich im Jahre 2018 erfolgen. Aufgrund des relativ geringen Zeitraumes bis zur Veranlagung und des derzeitigen geringen Zinsniveaus wird vorgeschlagen, den Anliegern einen Abschlag in Höhe von 5,0 % anzubieten, wenn ein Zahlungsziel bis zum 30.06.2017 erreicht wird. Für den Fall, dass ein späteres Zahlungsziel vereinbart wird, sollte sich der angebotene Abschlag mit jedem weiteren Monat um 1,0 % reduzieren, so dass ab 30.11.2017 kein Abschlag mehr vorgenommen werden kann.

Gez. Klütsch
(Bürgermeister)

gez. Heidemann
(Fachdienstleiter III)